

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

271 (20.11.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 2.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2.65 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Ablagen abgeholt 2.15 M monatlich. Einzelnummer 10 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 22.-M, auswärts 27.-M. Die Kleiamezeile 80.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Cunos Kabinettsbildung gescheitert?

Die ersten Verhandlungen, die der mit der Regierungsbildung beauftragte Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, im Laufe des Freitag abends und des Samstag mit den Parteiführern geführt hat, wurden am Samstag nachmittag als gescheitert betrachtet. Cuno richtete deshalb folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten:

Herr Präsident!

Ich habe mir den Auftrag zur Bildung des Reichskabinetts erteilt, nachdem Ihre persönliche Führung mit den Parteiführern ergab, daß sämtliche Parteien der Reichsgemeinschaft und der Sozialdemokratie auf dem Boden der Reparationskommission gestanden. Die von 13. d. M. stehenden und mit dem Vertrauen entgegenbringen, das neue Kabinett zu bilden. Im Hinblick hierauf habe ich den Auftrag angenommen in der Absicht, ein Kabinett der Arbeit zu schaffen, das in seiner Zusammensetzung der Notwendigkeit sachlicher Führung der Geschäfte entspricht und vom Vertrauen des Reichstags getragen wird. Die hierfür erfolgten Besprechungen mit den Führern haben ergeben, daß einzelne Parteien nicht nur Anregungen und Wünsche, sondern Anträge und Ansprache vorbringen, die die Zahl der einer Partei zu entnehmenden Kabinettsmitglieder, deren Versatz, deren Ressort, ja sogar die Frage betreffen, ob ein Mitglied des bisherigen Kabinetts ein anderes Ressort übernehmen soll.

Damit entfallen die Voraussetzungen, unter denen ich zur sachlichen Arbeit geeignetes Kabinett gebildet werden kann. So wenig ich die Notwendigkeit, eine Zusammenarbeit zwischen Parlament und Kabinett auch durch dessen Zusammenfassung sicher zu stellen, so sehr muß ich entgegenstehendes Bedenken darauf legen, daß Ausmaß der Mitglieder und Ressort dem Ermessen der Parteien überlassen bleibt, dem der Auftrag zur Bildung übertragen worden ist. Da das zurzeit nicht der Fall ist, bitte ich, den Auftrag zur Bildung des Kabinetts in Ihre Hände zurückzugeben zu dürfen, wobei ich nicht verhehlen möchte, für das Vertrauen zu danken, das mir durch den Auftrag geworden ist.

Mit der Versicherung ausgezeichneter Verehrung und Hochachtung bin ich, Herr Reichspräsident, Ihr ganz ergebener Cuno.

Ob durch diesen Brief des Herrn Dr. Cuno an den Reichspräsidenten überhaupt ein Kabinett Cuno gänzlich ausgeschlossen ist, muß wohl noch abgewartet werden. Angesichts der Umstände und der Tatsachen, die zum Rücktritt des Kabinetts Wirth geführt haben, war voranzusehen, daß die Neubildung ungemein schwer sein werde. Während der Krise des Kabinetts Wirth und nach seinem Rücktritt sind zwischen dem Zentrum, der Sozialdemokratie und der Volkspartei Hindernisse aufgetreten, deren Überwindung außerordentlich schwierig sein wird. Wir sagen es auch ganz offen: wir fürchten, daß der Rücktritt Wirths sich ähnlich schwer auswirken kann, wie seinerzeit der Rücktritt Bethmanns, den wir genau so bedauerten, wie den des Herrn Wirth.

Die gegenwärtige Situation erinnert lebhaft und leider an den satirischen Epilog zur 1848er Revolution, der in den „fliegenden Blättern“ als eine der schändlichsten Leistungen der deutschen Karikatur erschienen ist. Das Thema: Wenn der Witz mit der Wurst über Spudnapf springt und der Stoch in der Luft den Stroh verfrachtet. wurde in dieser Zeit Variationen gegeben, deren erste lautete: Wenn der Stoch mit dem Witz über Spudnapf springt und der Stroh in der Luft den Witz verfrachtet. u. u. u. So ungefähr ist auch momentan der Stand der Dinge.

Dabei tritt doch augenfällig hervor: die Sozialdemokratie kann die Regierung allein nicht übernehmen. Ebenso undenkbar ist eine bürgerliche Minderheitsregierung und eine bürgerliche Mehrheitsregierung müßte auch die deutschnationalen umfassen, also in ihrem Handeln so reaktionär werden, daß der offene und folgenschwerste Kampf mit der Sozialdemokratie ganz unvermeidbar wäre. Die alte Koalition hätte wohl an und für sich eine Mehrheit, aber nach den Vorgängen, die zum Rücktritt des Kabinetts Wirth geführt haben, ist sie u. C. allein kaum noch geeignet zur Regierungsbildung. Im übrigen, und wir sprechen das offen aus, sollen die ungeheuren innerpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben überhaupt ernstlich angefaßt werden im Sinne einer Bewältigung, dann muß der Industrie Einfluß in einer zukünftigen Regierung gewährt werden. Das Ausland, auf das wir einmal angewiesen sind, wird seiner Regierung auch nur das geringste Vertrauen entgegenbringen, in der weder die Sozialdemokratie, also die Arbeiterkraft, noch die Industrie

vertreten ist. Dr. Wirth war auf dem richtigen Wege, ob er beim Vorkommen dieses richtigen Weges tatsächlich und innerpolitisch auch geschickt und klug operiert hat, ist eine andere Frage. Uns scheint, daß die Ueberlast der Arbeit, die anderthalb Jahre auf Herrn Dr. Wirth ruhte, ihm in den letzten Tagen seiner Amtsführung die ihm sonst eigene tatkraftige Geschäftlichkeit etwas geraubt hat. Die Abgeordneten aller Fraktionen, soweit sie am Freitag und Samstag nicht in Berlin anwesend waren, sind telegraphisch zurückberufen worden. Die Regierungskrise muß so schnell als möglich behoben werden; eine längere Dauer würde verheerend wirken.

Weiter liegen folgende Nachrichten vor:

Reichspräsident Ebert soll darauf den Auftrag des Herrn Cunos dahin erweitert haben, daß er den Versuch machen solle, ein Kabinett zustande zu bringen, das über den Parteien steht und mit diesem Kabinett vor den Reichstag treten. Laut „Vossischer Zeitung“ nehme man in politischen Kreisen an, daß, falls es nicht gelingen sollte, das Kabinett Cuno zustande zu bringen, dem Reichspräsidenten kaum etwas anderes übrig bleiben werde, als den Reichstag aufzulösen.

Berlin, 18. Nov. Der Reichspräsident hat die Parteiführer abends 7 Uhr zu einer Besprechung zu sich geladen. Die Verhandlungen mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten, der Republikaner und der Deutschen Volkspartei dauerten bis in die späten Abendstunden. Ein abschließendes Ergebnis wurde nicht erzielt. Es ergab sich aus der Besprechung die Möglichkeit, daß die aufgetretenen Schwierigkeiten in der Weise überwunden werden können, daß die vorgeannten Parteien auf der Grundlage des von ihnen in Zusammenhang mit der deutschen Note an die Reparationskommission vom 13. 11. vereinbarten Programms Gesamtrat freie Hand in der Wahl seiner Mitarbeiter lassen und dann die so gebildete Regierung beim Reichstag um die Vertrauenszustimmung nachsucht. Auf dieser Basis würde Gesamtrat Cuno seine Bemühungen um das Zustandekommen mit Aussicht auf Erlangung fortsetzen können.

Berlin, 19. Nov. (Brieffeld.) Am Anschluß an die Ueberreichung seines Schreibens hatte dem Wärrern zufolge Gesamtrat Cuno eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten, in der auf Veranlassung des Reichspräsidenten die Möglichkeiten erörtert wurden, unter denen Cuno noch einmal den Versuch einer Kabinettsbildung machen sollte. Es wurde beschlossen, die Parteiführer zu erfragen, den einzelnen Mitgliedern der Parteien, wenn das Erlöschen zu einem Eintritt in das Kabinett an sie ergoßen sollte, ihre Stellungnahme freizugeben. Diese Frage spielte dann bei den Besprechungen mit den Parteiführern eine besondere Rolle. Während die Vertreter der bürgerl. Parteien im allgemeinen damit einverstanden waren, wies Herr Müller als Vertreter der Sozialdemokraten auf den bekannten Fraktionsbeschluss hin, nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen, die Entscheidung müsse der sozialdemokratischen Fraktion vorbehalten bleiben. Die Vertreter der bürgerlichen Arbeitergemeinschaft machten ihre einhellige Stellungnahme von dem Programm der neuen Regierung und der Politik, die sie betreiben wird, abhängig. Die Besprechung endete mit dem offiziellen Erlöschen des Reichspräsidenten an Cuno, den Versuch, ein neues Reichskabinett zu bilden, weiterzuführen.

Die „Germania“ schreibt dazu, die Bildung des Kabinetts der Hände der Arbeit ist gewiß ein vorzüglicher Gedanke, der aber nicht verwirklicht werden kann, ohne die Stimmungen und Anschauungen in den Parteien ihrer Bedeutung gemäß in Rechnung zu stellen. Ebenso begrüßt die „Deutsche Allg. Ztg.“ die gefundene Lösung, indem sie darauf hinweist, daß nun unternommen werden sollte, was in Ländern mit älterer parlamentarischer Erfahrung Gebrauch ist: die Kabinettsbildung nach freier Wahl des neuen Kanzlers unter Anlehnung an eine Anzahl von Parteien, die nachher um ihr Vertrauen gekämpft würden. Im Gegensatz dazu steht nach dem „Vorwärts“ der Ausfühung dieses Planes der Umstand im Wege, daß die Bildung einer Regierung ohne Parlamentarier, wenn man nicht geradezu auf ein Beamtenministerium zutreten wolle, eine Unmöglichkeit ist, daß aber Parlamentarier ihre einhellige Zustimmung nur bei Zustimmung ihrer Fraktion abgeben können. Praktisch könne die Sache nur so geregelt werden, daß eine vorläufige Ministerräte den Fraktionen vertraulich zur Kenntnis gegeben wird. Diese hätten dann zu entscheiden, ob diese Liste ihre Zustimmung findet.

Die Sozialdemokratie sagt „Nein“

Wie die Wärrer melden, hat am Samstag eine Zusammenkunft führender sozialdemokratischer Politiker stattgefunden, die zu dem Ergebnis kam, daß die Sozialdemokraten die große Koalition nach wie vor ablehnen. Ein solcher Antrag soll auch der Fraktionsführung unterbreitet werden. Die nächsten Folgen führen. Es muß also zunächst sehr genau geprüft werden, ob aus dem angeführten Grunde überhaupt Reparationskrisis geteilt werden kann. Ganz ausgeschlossen aber muß das sein, wenn die Rüstindustrie die genügenden Rohstoffmengen nicht bekommt. Ob es möglich sein wird, der Rüstindustrie die nötigen Rohstoffmengen zu liefern, hängt wiederum von der Reparationskommission ab. Bei den heutigen Reparationsleistungen erscheint diese Möglichkeit ausgeschlossen. Wir erwarten, daß die Regierung die Forderung der Reparationskommission sehr sorgfältig prüft und nicht ohne die Zustimmung der Arbeiter entscheidet. Diese sind es letzten Endes, die als Produzenten und Konsumenten die Zeche zu zahlen haben werden.

Die Gemeindevahlen in Karlsruhe Die Sozialdemokratie hat sich behauptet

S. W. Die Gemeindevahlen am gestrigen Sonntag fanden wiederum unter dem bei diesen Wahlen üblichen Zeichen der Wahlfreudigkeit, der geringen Wahlbeteiligung. Nur rund 50 % der Wählerchaft, also gerade die Hälfte der Wahlberechtigten, haben von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Über 40 000 Wähler und Wählerinnen blieben zu Hause, verzichteten auf die Ausübung ihres vornehmsten Rechtes. Diese Tatsache kennzeichnet am besten die geringe politische Durchbildung unseres Volkes. Welche Kreise hatten immer noch die kommunalen Angelegenheiten für weniger wichtig als jene des Landes oder des Reiches. Daß auch unter der Arbeiterchaft sich noch große Schichten befinden, die derselben Auffassung huldigen, ist besonders bedauerlich. Diese gestern gezeigte Gleichgültigkeit der Arbeiterchaft gibt der Partei und den Gewerkschaften den Fingerzeig, wo nun zunächst Aufklärungsarbeit nötig ist. Hätte die gesamte organisierte Arbeiterchaft gestern ihre Pflicht erfüllt, ein überwältigender Sieg der vereinigten Sozialdemokratie wäre das Ergebnis dieser Pflichtenfüllung gewesen.

Trotzdem aber dürfen wir feststellen, daß sich die Vereinigte Sozialdemokratische Partei sehr gut behauptet hat. Die Sozialdemokratie ist nunmehr die weitaus stärkste Partei auf dem Karlsruher Rathaus. 13 226 Stimmen vereinigte sie auf ihre Liste; nach einer vorläufigen Berechnung wird sie etwa 27 Sitze im Bürgerausschuß und 8 Sitze im Stadtrat erhalten, zusammen 35 Vertreter auf dem Rathaus haben, also ein Drittel aller Mandate, die nunmehr 84 betragen gegenüber 96 bisher. Ein Vergleich mit den früheren Wahlen läßt sich sehr schwer aufstellen; bei den Landtagswahlen 1921 erhielt unsere Partei — wir zählen die damaligen Stimmen der unabhängigen sozialdemokratischen Partei mit — 22 082 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von über 70 Proz.; bei der Reichstagswahl 1920 bei ebenso starker Wahlbeteiligung 25 057 Stimmen, und bei den letzten Gemeindevahlen 1919 bei einer Wahlbeteiligung von nur 42 Proz. 12 300 Stimmen. Gegen die Gemeindevahlen von 1919 können wir also auch bei Berücksichtigung der diesmaligen um 8 % stärkeren Wahlbeteiligung einen Gewinn von einigen hundert Stimmen buchen. Mit Genugtuung stellen wir also fest, daß unsere Partei sich in diesem Wahlkampf weitens gehalten hat; die Wiedervereinigung hat ihre erste Feuerprobe bestanden.

Als einen Erfolg können wir aber den Wahlausfall des gestrigen Wahltags buchen, wenn wir die Zahl und die Kampfesweise der Gegner in Rechnung stellen, die am Sonntag gegen uns aufmarschierten. Der Wahlkampf des Bürgerturns, sowohl der politischen Parteien wie der beiden Interessentengruppen richtete sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie. Innerhalb des Bürgerturns und Verenglimpfungen haben sich die bürgerlichen Parteien geleiht. Die Sozialdemokratie verlor bisher über 38 Sitze auf dem Rathaus, von 123 insgesamt, und trotzdem entblüdete sich ein „Karlsruher Tagblatt“ nicht, in bewährter Weise die Sozialdemokratie für das Uebel, für die missliche Lage der Städte, für alles, an dem doch nachgewiesenermaßen die Katastrophopolitik jener Partei schuldig ist, von der der „Karlsruher Tagblatt“ zur Zeit ausgeht, zu machen. Ein in den Farben der Steinel und Konforten schillerndes Plakat — es hatte nämlich alle Farben wie ein Chamäleon — schrie am Sonntag den Wählern zu: „Munnen müsse Se“, die Parteibanner, die „Futlertrippler“, die „Geschäftshaber“, die Schulden der Stadt ins Tiefenhafte geleiht haben. Das also ist die gebildete Sprache der Herren Steinel und Fromberg! In gleicher Weise kannten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei nur einen Feind: die Sozialdemokratie. Und den Vogel schloß das Zentrum ab, die Partei der dreitägigen Nächtenliebe, deren Wahlkampf auf eine nicht mehr zu unterteilende Stufe herabgesunken war. Wer es hat alles nichts genügt, weder das „Antimierbad“, noch die „gefährdete Sittlichkeit“, weder die „Geschäftshaber“ der Steinel und Dr. Fromberg, noch das „große Uebel“ des „Karlsruher Tagblatt“, weder die Schmiergelber der Karlsruher Industriellen, noch die Flegelien des schönen Walter in der „Vossischen Presse“. Der Angriff wurde glatt abgeblockt; stolz und unbefleht ging die Vereinigte Sozialdemokratische Partei aus dem Kampf hervor. Sie ist die stärkste Partei auf dem Karlsruher Rathaus und wird auch die stärkste Partei bleiben. Trotz alledem und alledem!

Neben den 34-35 Sozialdemokraten wird ein buntes Gemisch von Stadtvorteilern nun ins Rathaus einziehen. Die Kommunisten werden 5 Mann hoch den „revolutionären“ Kampf führen — d. h. wenn sie nicht vorziehen, es wie ihre Vorgänger zu machen und die Sitzungen schwänzen; für Herrn Trabinger wird wohl Herr Bauer Stadtrat werden; das Zentrum erhält voraussichtlich 19 Sitze und 5 Stadträte, es hat 5 Bürgerausschuß- und 1 Stadtratsitz verloren, trotz wildster Aufreizung seiner Wähler durch den „Bad. Beobachter“. Vielleicht nimmt das Zentrum und seine Presse diesen Mißerfolg doch zum Anlaß, in Zukunft den Wahlkampf sachlicher und anständiger zu führen wie diesmal. Die deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei sind nun gleich stark, jede Partei wird schätzungsweise 9 Sitze und wohl je 3 Stadträte erhalten. Die größte Einbuße erleiden die Demokraten; schuld dürfte vor allem die Abspaltung der Deutschen Volkspartei sein, die sich zum erstenmal am Gemeindevahlkampf beteiligte. Die nahezu 3000 Stimmen, die die Eintragsliste der sogenannten Wirtschaftlichen Kommunalen Vereinigung

Die Entente verlangt 50 000 Tonnen Kali

Dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands wird gefordert: Die Reparationskommission verlangt von Deutschland die Lieferung von 50 000 Tonnen (1 Million Zentner) Reparationskali. Woher die Reparationskommission zu einer derartigen Forderung die Begründung nimmt und wie überhaupt eine derartige Forderung begründet werden kann, ist uns zunächst ganz unerklärlich. Die deutsche Kalindustrie ist heute kaum imstande, die heimische Landwirtschaft mit Kali zu versorgen. Ein Mangel an Düngemitteln in Deutschland aber und eine damit verbundene Entfremdung der deutschen Landwirtschaft muß zu den fürch-

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 20. November

Geschichtskalender

20. November. 1497 Vasco de Gama am Kap der guten Hoffnung. — 1910 Leo Tolstoi, russischer Dichter und Apostel, in Kasan. — 1920 Christlichsozialer Regierung in Österreich.

Das „Karlsruher Tagblatt“ und die „Bad. Presse“

haben sich in trauter Harmonie gegen den Genossen Scheide- mann aus wegen der Rede, die Sch. hier am Freitag gehalten hat. Die Schriftgelehrten in der Kammer und Ritterstraße haben ein förmliches Petitionen deponiert, worin ihnen im Ver- unterzeichnet des Genossen Scheidemann vor dem Karlsruher Speichbürgern am besten bestehen kann. Das Rennen war nicht leicht: Herr Walter Sch. e. d. e. r., Schriftsetzer und neu- geborener Doktor begann bereits am Samstag nachmittag in den Spalten des Tiergartenpapiers das Amoklaufen. Mit Ions- kurzzeitigen Entsetzen sah der Herr Major-Chefbediente in der Ritterstraße, daß der Herr Sch. e. d. e. r. am Samstag- abend bei dem Einbruch am Kirchplatz und an anderen Or- ten nicht nur umsonst „fingierender“ Major gewesen: Red- teuren aufgemacht! Sturmriemen herunter! Sprung auf! Und die ganze Tagblattredaktion begann hinter Scheidemann her zu rennen mit einem nervenserschütternden Geschrei.

Herr Walter Sch. e. d. e. r., baden, Herr Dr. Walter Sch. e. d. e. r., hat mit dem Sch. e. d. e. r. ein ungeschicktes Spiel, die einen sich neigenden Mann der deutschen Wissenschaft auszuweisen, er hat, daß Scheidemann entweder ein „grenzenloser Demagoge“ ist, oder von „besonnenen Un- terhand“ niedergedrückt wird. Und daß Scheidemann ein ausgemachter Nichtwahrer ist, über dessen Nichtwahrheit sich eine solche wissenschaftliche, politische und wissenschaftspolitische Feuchte wie Herr Dr. W. Scheidegger fürchtbar entsetzen muß, wenn könnte das noch Wunder nehmen. Und man bedenke: Scheidemann hat sich, als er den Hofpreis erwarbte, in der Zeit verpro- birt, worauf er durch Zurück aus der Verammlung aufmerk- sam gemacht wurde. Da hält Herr Dr. Scheidegger einen Augenblick in seinem Amoklaufe inne, hebt das eine Bein und berückt dem „Nichtwahrer“ Scheidemann eine „wissenschaft- liche“ Portion. Ja, Herr Dr. Scheidegger weiß eben, was er als Akademiker und Mann der gründlichen Wissenschaft dem Speichbürgern zu tun hat, das die Stammgemeinde des Tier- gartenpapiers bildet.

Das „Tagblatt“ hätte da natürlich seine liebe Not und Mühe mitzukommen. Aber die Sache wurde im allgemeinen geschlichtet. Auch nach ihm ist Sch. ein Demagoge, der ein „Ge- fühl“ sammelt, ein unvollständiger Mensch, dessen Rede einfach lässig war und mit dem man nur Witze haben könne. Dieses ganze Ansehen und Verehrten des Genossen Scheidemann durch die Herrschaften in der Ritter und Lammstraße wird aber durch zwei Dinge glatt erklärt: erstens galt es, in letzter Stunde die Karlsruher Speichbürgern für die bürgerlichen Parteien einzun- fangen, zweitens hat Scheidemann die Wit der Herrschaften deshalb so erregt, weil er die jammervollen Stelle an der Hand von Karlsruher erneut darlegte, die besonders Hinderburg und Schubert beim Zusammenbruch Deutschlands gestiftet haben.

Somit ist die „P.“ wie das „A.“ bemüht sich, seit sie glaubt, daß man in Deutschland den reaktionären Schöbel wieder aufzurufen darf, ihren Vorgesetzten die beiden Herrschaften, die in ihrer Verachtung so furchtbar an Deutschland sich verlobt haben, einzubüßeln. Und da hat nun Scheidemann auf Nationalität und ungeschickten. Und da hat nun Scheidemann mit seiner lebenswahren Schilderung, die auch von hunderten von Bürgerlichen mit angehört worden ist, führend in das ver- logene Geschäft eingegriffen. Die „P.“ wie das „A.“ fördern die konterrevolutionären Bestrebungen, beide würden mit lauten Jubelrufe eine wiederkehrende Monarchie begrüßen, beide würden die Entziehung der wertvollen Volksmassen be- weisheit mit ansetzen, darum sind auch beide so lobjüchtig gezo- ren, weil Sch. eine soz. dramatische und lebenswahre Schilderung von den Sünden der jammervollen kaiserlichen Herrschaft ge- geben hat.

Das „Tagblatt“ leidet sich dabei etwas Besonderes: es verächtlich Scheidemann verhöhnt, daß sein Schicksal im Zer- fallen sei, daß er und die Sozialdemokraten nach blutigem Terror sterben. Das und die alten erbärmlichen Kampfes- mittel politischer Dresse. Und die „Tagblatt“ redaktion weiß auch, daß sie benutzt verurteilt und verächtlich, denn sie weiß, daß es heute wirklich kein Geschäft, sondern eine schwere Bürde ist, an der Spitze einer Gemeinde oder eines Ministeriums zu stehen, sie weiß auch, daß der Sozialdemokrat es zu danken ist, wenn in Deutschland „nur“ der blutige Terror des natio- nalistischen Vorkriegsbestandes besteht, während die Massen, dank dem Einflusse der Sozialdemokratie den politischen Kampf mit dem gefälligen Waffens führen. Und außerdem, wie Scheide- mann ganz richtig in der Rede sagte, wenn die Sozialdemo- kratie nicht gewesen wäre in den Tagen des Zusammenbruchs, würden die meisten der nationalpolitischen Führer und Maul- aufreißer keine Gelegenheit mehr zu ihrem eblenden Treiben haben.

Scheidemann hat am Freitag in bereiter Weise die In- teressen der wertvollen Volksmassen gegen die Reaktion und die Patrie der ausbreitenden Großkapitalismus vertreten. Deshalb wird er von den beiden Karlsruher bürger- lichen Blättern beschimpft und zu verurteilt. Die An- wort werden hoffentlich die Arbeiter nicht schuldig bleiben.

Die Altbahndirektion und der Achtfundentag

Es wird uns aus interessierten Kreisen geschrieben: In ei- ner Zeitschrift an die Presse versucht sich die Direktion der R.E.V.G. dem Untergang ihrer Wägen rein zu waschen und kommt zum Schluß zu folgendem Ergebnis: Es sei der Verfallung Kar, daß alle die bisherigen Maßnahmen, Tarif- erhöhungen, Fahrpläneänderungen, Personalentlassungen und dergl. nur keine Mittel sind, die unter keinen Umständen ausreichen werden, die Wägen wieder gefahrlos zu machen bis die drei Grundbündel beseitigt sind, welche am Karz des deutschen Volkes gehen, das seien:

- 1. Die übertriebenen Reparationsforderungen unserer Feinde.
2. Die verminderte Leistung des deutschen Volkes infolge des Achtfundentages.

So nun deutsches Volk, weißt du's die Altbahnen auf- gabelt Geistesworte sagt dies. Sie steht an der Spitze eines kommunalisierten und halb sozialisierten Betriebes und muß die Volkstreue in den tiefsten Wurzeln sozialer Erkenntnis kradieren haben. Da muß das Stabschefscheit Karlsruhes sich wirklich schämen, wenn es nur einer „Veredelung“ des Ach- tfundentages das Wort redet. Solche Männer sind zu Höherem berufen und wir würden ihr raten, sich voll und ganz an die Spitze der Bewegung zu stellen. Deutschlands Wiedergeburt und Kampf des 11-Stundentages oder auch 12 (so wie es bei Reichsminister früher gewohnt war) entgegen zu führen. Die schon beschriebenen Wägen könnten durch niedere Gattungen von Genies weiter geleitet werden und unter dem Personal wird man sie nicht so leichtlich vermissen, außer weniger, die im „Feldzug“ sich gütlich tun. Die Direktion der R.E.V.G. ist nicht reaktionär wie die stammende Welt meint, sie will nur das Gute unserer durch den Umsturz „irreführten“ Nation. Der Zusammenbruch durch das Völkermorden, die gängliche Verleugung der Vertriebe, die Erschaffung der Menschen usw. das alles sind ihre Lebensbedingungen.

Als der Kreis nach dem Altbahnerstreik die Führung des Betriebes übernahm, wurde vom Landtag wie von der Kreis- versammlung verlangt, daß eine Änderung an Haupt und Gliedern vorgenommen werden müsse. Inneres Wissen ist alles beim Alten geblieben. Auch der Achtfundentag soll im Di- rektionsgebäude sich stark eingemischt haben. Man wollte annehmend dort wissenschaftliche Beobachtungen anstellen, wie weit dieses schreckliche Gift Verheerungen anrichten kann. Und will es bürten, daß der Betriebsrat der Bahn seine Aufgaben schickert erfüllt und die hochstehenden Männer an der „Zete“ nicht besser belehrt.

• Schwere Einbruchdiebstahl. Am Samstag früh zwischen 4 und 6 Uhr drangen Einbrecher in eine Villa in der Margi- tianstraße ein. Sie stahlen sämtliche Silber, Teppiche, Kleidungs- stücke und Pelze im Gesamtwerte von mindestens zehn Millionen Mark. Geld wurde nicht entnommen. Der Besitzer der Villa war gerade in Köln bei einem Bekannten und hat keine Spur, die her- beigekommene Polizei konnte lediglich einige Fingerabdrücke fest- stellen. Die Lage der Diebstahlsurkunde übereinstimmen mit jenen ab- drücken bei dem Einbruch am Kirchplatz und an anderen Or- ten. Man nimmt an, daß die betriebl. Diebstahls, die in der letzten Zeit hier und an anderen Orten mit großer Raffinerie un- ternommen wurden sind, von denselben Diebstahlern ausge- führt worden sind.

• p. Eine Revolverheldin. Auf der Eisenbahnfahrt zwischen Eppingen und Karlsruhe geriet ein Händlerwagen aus Offen- burg miteinander in Streit, im Verlaufe dessen die Ehefrau mit einer Selbstschußwunde einen Schuß abgab. Der Ehemann wurde an der Hand leicht verletzt, dagegen drang das Geschöß aus einem Eisenbahnbeamten in der Kniekehle ein, jedoch die- ser mittelst Astenbretters nach dem städt. Krankenhaus gebracht werden mußte.

• Deutsches Glend. Ein 77 Jahre altes Fräulein, das von einem Vermögen von 30000 M. befreit, bewohnt in Internierete ein kleines Zimmer mit fast ungeschicktem Kochofen. Auf ein warmes Essen muß sie meistens verzichten, da ihr von der Zimmervermieterin für Gasheizung so viel angedreht wird, daß sie es nicht bezahlen kann und auch Spiritus für ihre Verköstigung zu teuer ist. Im kalten Zimmer, bei einer Kerze sitzend, wurde sie von einer Verkaufstagen der „Wit- ternosthilfe“ vorgefunden. Hier will die „Witernosthilfe“ Karlsru- her“ helfen. Darum findet Walter aus Postfachkonto Nr. 22100, auf Sparfassen-Bischofs Nr. 8100, bei der Expedition unserer Zeitung oder den höchsten Banken!

• Eine Bitte! Man schreibt uns: Im Versorgungsamt Karlsruher, Kreisstraße 103, befindet sich noch eine größere Anzahl schwerkranker bedürftiger Kranke, die noch an den Folgen ihrer Verwundungen und Krankheiten teilweise sehr Re- niten und Jahren in ärztlicher Behandlung stehen. Wir möchten ihnen, wie in den Vorjahren, eine Pfandbesicherungs- matten und bitten Sie, ob Sie bei der Verammlung des Verwaltungs- gebäude Zimmer 1, Kreisstraße 103, abzugeben oder einzu- senden auf Postfachkonto Karlsruhe 11628.

(1) Der Aufsichtsrat der Handels- und Gewerbebank A.G. Karlsruhe beschloß in seiner letzten Aufsichtsratsitzung, eine außerordentliche Generalversammlung auf Dienstag, 5. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in das Geschäftshaus, Friedrichsplatz 9, einzuberufen, zwecks Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe von 400000 M. Stammaktien und 100000 M. Vorzugsaktien unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre. Die Festlegung der Ausgabebe- dingungen soll dem Vorstand in Einklang mit dem Auf- sichtsrat übertragen werden. Ferner sollen die Statuten, die sich aus der Erhöhung des Grundkapitals ergibt, sowie der § 11, 14, 21 und 25 geändert werden. Die Zusatz zum Auf- sichtsrat steht ebenfalls auf der Tagesordnung. Der vorliegende halbjährliche Jahresabschluss zeigt eine starke Ausdehnung des Geschäftsganges bei erhöhten Gewinnziffern.

• Verammlung des Grund- und Hausbesitzervereins. Der Grund- und Hausbesitzerverein schreibt uns: Die Verammlung am Mittwoch abend im Saale 8 der Brauerei Schreyer war so stark besucht, daß der Saal sich als viel zu klein erwies. In einem interessanten Vortrag gab Herr Architekt Wille genaue Auskünfte über die Ver- rechnung der geleisteten Miete. In einem Beispiel zeigte er, wie die neue Miete auf Grund der Friedensmiete berechnet wird. Dabei betonte er besonders, daß alle Verbesserungen in einem Hause, wie Einrichtung der Schwemmanalation, Gas- und Elektrizität, die nach dem 1. Januar 1907 gemacht worden sind, dem Steuerwert des Hauses zugezählt werden dürfen. Auch Verbesserungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, sollen nach einem besonderen Schema berechnet werden. An Mieten- und Vermieter richtete der Redner die ernste Mah- nung, sich möglichst zu einigen über die Mietzinsabgabe, und nach Möglichkeit die Entziehung des Mietzinsabganges zu vermeiden, da das Mietzinsabganges seine Kosten für solche Streitigkeiten um das 10-fache erhöht habe. Diese Kosten habe die Partei zu bezahlen, die nach dem Beschluß des Miet- zinsabganges unrecht hat. Er machte auch darauf aufmerk- sam, daß die Zinsen für die Hypotheken in nächster Zeit ganz bedeutend in die Höhe gehen werden, sodas mit 8 Prozent für 1. Hypotheken zu rechnen sei. Bei der Besprechung der An- schlagsarbeiten wurde der Redner darauf hin, daß die Wohnabgabe, die in Karlsruhe außerordentlich hoch sei, in erster Linie zu verwenden sei.

• Fußball. Die badischen Kreisfußballspiele am gestrigen Sonnt- ag ergaben: Germania Buggingen — 1. F.C. Pforzheim 0:1; Rheinr. Karlsruhe — F.C. Wülzburg 2:0; Karlsruhe F.R. — Sp.RL. Freiburg 2:1; F.C. Freiburg — F.C. Karlsruhe 3:0.

Besuchen Sie die Ausstellung „Das gute Buch und Bild“ in unserer Volkshochschule, Markstraße 16.

Aus der Partei

Zeitschriftenrat. Soz. Partei. Heute Montag, 20. Nov., abends 8 Uhr, findet in der Restour. zur „Eume“ eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: Aufstel- lung der Gemeinderäte. Jeder Genosse hat zu erscheinen.

Gewerkschaftliches

• Merkwürdiger Streik. Seit Freitag früh streikt das Personal der Reichsdruckerei. Die Veranlassung zu diesem Ausstand ist recht geringfügig. Bei Bedarf an Bureaupersonal wurde dieses seit der Revo- lution meist aus den Kreisen der Arbeiter genommen. Da gegenwärtig die Reichsdruckerei überbesetzt ist, während es arbeitslose Angestellte in genügender Zahl gibt, hat die Leitung der Reichsdruckerei jetzt Bureaupersonal durch den Arbeitsnachweis der Stadt Berlin bezogen. Daraufhin hat das Bureauper- sonal heute die Arbeit niedergelegt.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Deutscher Reichstag

Berlin, 18. Nov. Die Sitzung beginnt kurz nach 12 Uhr. — Der zunächst auf der Tagesordnung stehende Antrag aller Par- teien, die Gewerbeordnung dahin abzuändern, daß bei der Ver- anstaltung von Messen Verwaltungsbeiträge von den Messe- besuchern erhoben werden können, wird in der Ausschusssitzung in 2. und 3. Lesung angenommen.

Der Antrag der großen Parteien auf Abänderung des Branntweinmonopols geht debattelos an den Ausschuß. Der An- trag fordert, daß die Mittel aus den Erträgen des Monopols für wissenschaftliche und Wohlfahrtszwecke auszugeben werden. Dann wird die Aussprache über die Geschäftsordnung des Reichstags fortgesetzt.

In Angelegenheit der Ausschüsse fordert der Abg. Raneu (Komm.), daß auch der auswärtige Ausschuß öffentlich tagen soll, damit die vielen Vertrauensbrüche aufhören.

Nach längerer Debatte wird jedoch ein Antrag der Ausschuß- mehrheit angenommen, wonach für den auswärtigen Ausschuß der Ausschluß der Öffentlichkeit sich auch auf die dem Ausschuß nicht angehörenden Abgeordneten beziehen soll.

Die Beratung wurde sodann durch eine längere Aussprache darüber unterbrochen, ob am Montag und Dienstag Sitzungen stattfinden sollen, da eine Regierungserklärung noch nicht zu erwarten sei.

Im Verlaufe der langwierigen Geschäftsordnungsdebatte beauftragt der Abg. Schulz-Drebnberg (D.R.) die Geschäftsfähigkeit des Hauses. Der Gemeindevorstand ergibt tatsächlich die Geschäft- unfähigkeit.

Nächste Sitzung Montag nachmittags 5 Uhr. Fortsetzung der Geschäftsordnungsdebatte. Schluß gegen 12 Uhr.

Kleine badische Chronik

• Oberhofen, 17. Nov. In dem Oekonomiegeld- und Landwirts Josef Welterer brach gestern abend ein Brand aus, der den Stall und Schopf vollständig einäscherte. Es ge- lang den Einwohnern, das Vieh zu retten; jedoch sind große Frucht- und Futtervorräte dem Feuer zum Opfer gefallen. Die Ursache ist bisher noch nicht bekannt. Der Schaden soll sich auf ca. 5 Millionen Mark belaufen.

• Mannheim, 18. Nov. 200000 M. Belohnung wurden von den Angehörigen des ermordeten Kaufmanns Sina Kraus- feld zu ausgeschüttet für die Auffindung der Tat. — Wegen Unter- scheidung von 50000 M. und einem Fahrrad ist der 20 Jahre alte Hausknecht Emil Elmald hängig gegangen.

• Schwenningen, 18. Nov. In der vergangenen Nacht wurde aus dem Hofe der Konfektfabrik Gebrüder Piffich ein etwa 6 Meter langer Treibriemen gestohlen.

• Von Schwarzwald, 18. Nov. So sonderbar es klingt — auf dem Schwarzwald kann erst jetzt, nachdem das trostlose Re- gement einige Tage nachgelassen hat, an die Bergung der noch draußen auf den Felsen befindlichen Getreideernte gedacht werden. Der Hafer ist überhaupt noch nicht vollständig reif und der Gerste und dem Roggen hat die schreckliche Kälte verheerend ge- schadet. Wie sich leicht denken läßt, stehen auch noch viele Kar- toffeln in dem von den Regengüssen völlig durchweichten Boden.

• Wülzburg, 18. Nov. Rückkehr der staatlichen Pensionäre der Schweiz. Wie die „Macht. Nacht.“ hören, geht das Lan- desamtsamt mit der Absicht um, die pensionierten deutschen Beamten in der Schweiz nach Wülzburg überiedeln zu lassen und sie hier in der früheren Artilleriekaserne unterzubringen. Bei dem Plan sind Sparmaßregeln in Betracht zu ziehen, da die Pen- sionen der fast ausnahmslos in Basel wohnenden Pensionäre dort in Franken bezahlt werden müssen, in Wülzburg dagegen könnte die Pension in Mark zur Auszahlung kommen.

• Das Rotwerk Buggingen. Der Haushaltsauschluß des Landtags stichtete dem im Bau befindlichen Rotwerk Buggingen einen längeren Besuch ab. Die Bergbauarbeiten in Buggingen, die der Erschließung der badischen Kalialager dienen, werden von den Gewerkschaften „Boden“ und „Karl- gräber“ unternommen, an denen der badische Staat zu einem Drittel des Kapitals beteiligt ist. Unter einer 80 Meter hohen Riesenschicht und einer Tongebirgsschicht von mehreren hun- dert Metern ruht eine Kalkschicht, die 4 Meter stark ist und einen außerordentlich günstigen Abbau verspricht. Probebohrungen haben ergeben, daß die Lager ein Kalialager bergen, welches dem eifrischen Kalialager an Reingehalt überlegen ist. Den Ertrag der Lager legt eine vorläufige Schätzung dem Gesamtverdienst auf an Kalz für 100 Jahre gleich. Sobald zwei Schächte niedergebracht sein werden, kann eine Jahresförderung von etwa 1 1/2 Millionen Doppelzentner Kalialager erreicht werden. Das Verbringen des Schachtes auf die erforderliche Tiefe von 300 Metern wird voraussichtlich noch 2 Jahre benötigen. In- nanzenminister Köhler hob die Notwendigkeit hervor, für das Unternehmen noch weitere Mittel bereit zu stellen. Der Lan- tag habe im März ds. J. einstimmig 40 Millionen Mark für die Beteiligung des Staates an die Kaligewerkschaft bewilligt. Man dürfe erwarten, daß die Bewilligung weiterer Mittel gleichem Verständnis begegnen.

Briefkasten der Redaktion.

• A. K. Wulzburg. Die Kalkschicht ist richtig, ging aber zu spät ein. Die Lösungen müssen bis spätestens Donnerstag abends bei uns eingelaufen sein.

• Schriftleitung Georg Siedler. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Übersicht und Lesbriefe Hermann Kadel; für badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsbarkeit und Revue des Herrn Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Siedler; für den Angelegenheit Gauß Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

• Todesfälle. Anna Schmidt, alt 72 Jahre, Witwe des Privat Albert Schmidt, Theobald Sped., Kolonnenführer a. D., Chemarra, alt 70 Jahre, Jul. Schmidt, Apotheker, Ehemann, alt 60 Jahre, Karl Ruff, alt 49 Jahre, Ehemann des Schreiners Rudolf Ruff. Beerdigungstermin und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Montag, den 20. November 1922, 11 Uhr: Julius Schmidt, Apotheker, Karlsruhe 66, Feuerbestattung. — 2 Uhr: Anna Schmidt, Privatmanns-Witwe, Buntensstraße 7. — 3 Uhr: Eisa- beth Hartmann, Postassistenten-Tochter, Lindenplatz 11, in Wülzburg beerdigt. — 3 Uhr: Theobald Sped., Kolonnenführer a. D., Kronenstraße 51. — 4 Uhr: Robert Kneher, Werkmeister a. D., Mühlwegstraße 62.

Wiss zu 4 Stellen Vereinsanzeiger

Bei 5 und mehr Stellen Nr. 20.— die Stelle Nr. 25.— die Stelle (Wergnugsanzeiger finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme) Karlsruhe. (Freie Turnerische, Abt. Süd.) Dienstag, 21. Nov. bei Mitglied Volz Generalversammlung nach dem Turnen. Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute Ausschusssitzung, Biegel- hammerstraße. Im Geologischen Hofsaal (Hochschule) For- trana, 8 Uhr. 5657

Das Resultat der Stadtverordnetenwahlen in Karlsruhe-Stadt.

Die Zahl der abgegebenen Stimmen für die Kreis- und Bezirksratswahlen differiert etwas mit derjenigen für die Stadtverordnetenwahl, jedoch nur unwesentlich.

Table with 20 columns: Wahllokal, Bereinigte Stimmzahl, Parteien (Kommunist., Demokr., Zentrum, Deutschn., Sozialist., Freiwirtschaftl., Christl.), Stimmzahl, Stimmprozent, Wahllokal, Bereinigte Stimmzahl, Parteien, Stimmzahl, Stimmprozent.

Insgesamt übten von rund 57000 Wahlberechtigten 43155 ihre Wahlpflicht aus. Es entfielen auf Sozialdemokratie 13226, Kommunisten 2632, Zentrum 9487, Deutsche Volkspartei 4552, Kommunale wirtschaftliche Vereinigung 2683, Partei Siegel 651, Deutschnationale 4708, Demokraten 4869.

Qualitätsraucher bevorzugen stets BATSCHARI CIGARETTEN. Includes logo with letters A, B, C.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Karlsruhe. Am Mittwoch, den 22. November 1922, abends 8 Uhr, gleich nach Geschäftsschluss, findet im „Elefanten“, Kaiserstraße 42, eine Holzarbeiter-Verammlung statt.

Badisches Landestheater. Montag, den 20. Nov., 7 1/2-9 1/2 Uhr. Mk. 80.-. Konzert zum Besten der Unterstützungskasse des Landestheater-Orchesters.

Mieter-Vereinigung Karlsruhe. Mittwoch, den 22. November 1922, abends 8 Uhr, findet im „Elefanten“, Kaiserstraße 42, eine Mieter-Vereinigung Karlsruhe statt.

Platzhalter Anzeigen. Die Ausgabe der Postkarten findet statt am: Montag, den 20. November, vormittags 9-12 Uhr und nachmittags von 3-6 Uhr die Nr. 1-3000.

„Goldener Ochsen“ Kaiserstraße Nr. 91. Mittagessen in und außer Abonnement. Prima spanische Weine ff. Schrempf-Biere.

Garle Moos Prof. Schnarrenberger Leo Kahn u. a. Kaiserstr. 187.

Anzüge, Ueberzieher, Schlüpfer Arbeits- und Sonntagshosen, Schuhe in großer Auswahl zu fehr günst. Preisen R. Billig, Markgrafenstrasse 17

Kartoffel-Versorgung. Die Inhaber der Ausweise Nr. 181 bis 244 werden ersucht, die bestellten Kartoffel bei den Bauernverbänden (frühere Bauernvereine) abzunehmen und zwar die Ausweisnummern:

Dienstag von 10 bis 5 Uhr werden Gebisse gefasst, Zahn 450 u. 500 M. Douglastr. 22 U. Weinst. 2000

Schlupfer, Ulster, Heberzieher, Anzüge, Hosen und Schuhwaren aller Art. (Gegenstandskauf) tauchen Sie noch sehr preiswert bei

Durlacher Anzeigen. Gastots. Durch Stadtratsbeschluss vom 17. November 1922 sind die Gastotspreise mit Wirkung vom 20. November 1922 ab bis auf weiteres wie folgt festgelegt:

Baden-Baden. Städtische Schauspiele Baden-Baden. Montag, 20. 8 Uhr, Plakette B 8: „Der blaue Heinrich“.

An die Abonnenten und Leser des „Volksfreund“! Bei Einfäusen eruchen wir unsere Abonnenten und Leser, die Geschäfte in erster Linie zu berücksichtigen, die im „Volksfreund“ inserieren.